



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



M ä r z 2 0 1 8

Mit Kreativität und Mut

Der Mahngang Täterspuren hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Veranstaltungsformat der Erinnerungskultur in Dresden entwickelt. In diesem Jahr gedachte man der Zusammenhänge von Macht - Bildung - Propaganda in Dresden an Orten der Nazi-Diktatur.

von Dieter Gaitzsch

Es sollte der 10. Februar sein, an dem der Mahngang „Täterspuren“ im Jahr 2018 stattfindet. Wir, das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ und die Durchführenden des Studium Generale, Frau Dr. Gunda Ulbricht und Herr Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, hatten uns bewusst seit Dezember 2017 für diesen Tag entschieden.

Im Gegensatz zum 13. Februar, an dem die bisherigen sechs Mahngänge stattfanden, wollten wir ein politisches Zeichen setzen. Der 13. Februar soll sich aus der bisherigen politischen Überhöhung zu einem weniger politisch aufgeladenen Tag entwickeln. Das ist in anderen Städten, so zum Beispiel in unserer Partnerstadt Hamburg, bereits geschehen. Wir hatten mit der Wahl des Tages auch die Hoffnung, dass an einem Samstag mehr Menschen die Gelegenheit nutzen, am arbeitsfreien Nachmittag zu uns zu kommen.

Die Vorbereitungen erfolgten, wie bereits für den Mahngang 2017, im Rahmen eine Studium Generale an der evangelischen Hochschule Dresden. Die Studierenden hatten sich dem Themenschwerpunkt „Macht, Bildung, Propaganda“ gewidmet und nach eingehenden Recherchen sehr gute Texte erarbeitet. Auch hatten sich die Schauspieler*innen des Staatsschauspiels Dresden, wie Anna Katharina Muck, Albrecht Goette, Holger Hübner und Oliver Simon, sowie die Schauspieler*innen Felicitas Schreier, MdL Franz Sodann und Peter Sodann bereit erklärt, unsere Texte zu lesen.

Dazu kam die Unterstützung der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtstextextremismus“ (BAG K+R), die ebenfalls eine Station vorbereitet hatte und diese auch gestalten wollte.

Doch es sollte anders kommen. Die sich im Lauf der Woche verdichtenden Nachrichten über Aktivitäten der Nazis wurden am Samstagvormittag zur Gewissheit. Zeitgleich mit dem Mahngang hatten sich die Nazis um Anmelder Maik Müller am Bahnhof Reich versammelt und ihren traditionellen, die Geschichte verleugnenden Trauermarsch durchzuführen. Sie igno-



LINKE-Stadtvorsitzender Jens Matthis, LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach, die Schauspieler Peter und Franz Sodann sowie Silvio Lang (v.l.n.r.) an der Spitze des Mahngangs Täterspuren, der sich als Format der Erinnerungskultur in Dresden in den letzten Jahren profiliert hat.

rieren nach wie vor den Zusammenhang zwischen dem Hitlerfaschismus als die Verursacher des 2. Weltkrieges und der Bombardierung Dresdens. Die folgen noch der Mythos von der „Unschuldigen Kunst- und Kulturstadt“.

Wir standen am Start des Mahngangs vor einer schwierigen Entscheidung. Gemeinsam mit den Teilnehmer*innen am Mahngang entschieden wir uns in einem demokratischen Verfahren, diesen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und anstelle dessen mit den Teilnehmer*innen des Mahngangs zum Treff der Protestierenden an der Karcherallee, Ecke Winterbergstraße zu demonstrieren und sich dort am Protest zu beteiligen. Die AG 13. Februar des Oberbürgermeisters hatte zu dieser Stelle aufgerufen. Durch das Eintreffen

unserer etwa 500 Demonstrant*innen an diesem Platz wurde aus den wenigen Anwesenden eine erhebliche Menschenmenge, aus der sich dann auch ein kraftvoller Protest entwickelte.

Wir sind den Studierenden der evangelischen Hochschule Dresden, der BAG K+R und den Schauspieler*innen sehr dankbar, dass sie die Entscheidung mitgetragen haben. Der Mahngang „Täterspuren“ hat sich aus aktuellem Anlass mit den Spuren der NS-Verbrecher in den Köpfen der alten und neuen Nazis auseinandergesetzt und sich kraftvoll am Protest beteiligt. Wir wissen, dass die Auseinandersetzung mit den Rechten einen langen Atem, Kreativität und Mut erfordert. Wir lassen uns aber nicht einschüchtern! Die Geschichte lehrt uns, dass Wegschauen keine Lö-

sung ist und es ist dringend notwendig, dass sich mehr Menschen als bisher am Widerstand gegen die Nazis beteiligen.

Dieser Tag und auch der 17. Februar 2018 haben gezeigt, dass sich in Dresden langsam auch die Zivilgesellschaft und die Verantwortlichen bewusst werden, dass es entschlossenen Widerstand aller Menschen braucht, damit sich die Geschichte Deutschlands nicht wiederholt. Die Erinnerungskultur, deren Bestandteil auch der Mahngang „Täterspuren“ ist, liefert uns dafür Argumente und Motivation.

Dieter Gaitzsch ist Mitglied der Arbeitsgruppe Erinnerungskultur im Bündnis Dresden Nazifrei

Aus der Stadtratssitzung am 25. Januar 2018

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Januar 2018

DRUCKSACHE #1

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/205 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de

Scherben bringen Glück

Schulnetzplan
& Unischule



Armut bekämpfen! Nicht die Armen.

Nach vielen Verhandlungen, Vor-Ort-Begehungen und Gesprächen mit Schulleiterinnen und Schulleitern sowie den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten wurden, auch in Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion, umfangreiche Änderungsanträge zum vorgelegten Schulnetzplan erarbeitet. Pünktlich zum Stadtrat besann sich die CDU aber wieder auf ihre Gegnerschaft zu allem, was Rot-Grün-Rot vorschlägt und warf uns allerhand Dinge vor. **Jens Matthis** erklärte

noch einmal: „Was wir hier tun ist, die Scherben der CDU-Politik der letzten 20 Jahre aufzukehren.“ **Anja**

Apel: „Wir sorgen hier dafür, dass der Schulplatzbedarf in jeder Schulart und in jedem Stadtteil gedeckt ist.“ Der von uns geänderte Schulnetzplan wurde mit den Stimmen von Rot-Grün-Rot angenommen. Das bedeutet ein neues Gymnasium für Gorbitz, 9 zusätzliche Grundschulen und die Stärkung der Förderschulen als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft.

Mit dem Beschluss zur Bestätigung des Konzeptes einer Universitätsschule für Dresden ist nun der Weg frei für die ersten

Stellenausschreibungen, damit der Schulbetrieb im Herbst 2018 aufgenommen werden kann. Die Universitätsschule soll unter Trägerschaft der LHD in Kooperation mit der TU Dresden neueste Forschungsergebnisse der Bildungswissenschaft praktisch umsetzen und weiterentwickeln.

„Was wir hier tun ist, die Scherben der CDU-Politik der letzten 20 Jahre aufzukehren.“

Dies geht nur, wenn die Klassen der Unischule die Dresdner Bevölkerung in sozialer Zusammensetzung, Unterstützungsbedarfen und Herkunft repräsentieren. Das nutzte die CDU-Fraktion für üble Vorwürfe, wir würden soziale Selektion vorantreiben. Das Gegenteil ist der Fall! Die Unischule wird am Standort der 101. Oberschule in der Johannstadt gegründet, weil gerade dieser Standort zu lange mit seinen Herausforderungen allein gelassen wurde. Wir freuen uns über den Beschluss und wünschen viel Erfolg für die Gründung der Schule!

Bettelverbot für Kinder: Aus Sicht der Linksfraktion hilft es niemandem, bettelnde Kinder einfach aus dem Stadtbild zu vertreiben. Die Bilder von uniformierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsamtes, die gezwungen sind, verängstigten Kindern hohe Geldbußen aufzuerlegen, dürften nur schwer zu ertragen sein. **Tilo Kießling** in der Debatte: „Niemand hier findet es gut, dass Kinder auf der Straße betteln. Aber das Betteln einfach zu verbieten, wird das Problem nur verschärfen.“ Leider sah eine Mehrheit des Stadtrates das anders. Ein Versuch, die Expertenvorschläge aus dem Jugendhilfeausschuss noch einmal zu beraten, wurde abgewiesen. Das Bettelverbot wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD und FDP angenommen. Nur LINKE und GRÜNE stimmten dagegen. In letzter Minute hatte die SPD dem Verbot noch sozialarbeiterische Begleitvorschläge hinzugefügt - für aus der Stadt vertriebene Kinder wenig wirksam. **Jens Matthis** in Richtung SPD: „Ferdinand Lassalle sagte: ‚Jede revolutionäre Tat besteht in dem Sagen, was ist.‘ Sie tun hier genau das Gegenteil. Es ist Selbstbetrug, zu glauben, die Armut würde nicht mehr existieren, nur weil Sie sie verbieten.“

Die Schule der Zukunft startet in der Johannstadt

Bereits im kommenden Schuljahr 2018/19 werden vier Klassenstufen für die neue Universitätsschule in der Johannstadt gegründet. Mit neuen Unterrichtsmethoden werden im Grund- und Oberschulbereich die innovativen Potenziale des Lehrens, Lernens und Zusammenlebens erprobt.

von Anja Apel

Im Sommer 2016 traten Vertreter*innen der TU Dresden an die Politiker*innen der Stadt heran, um ein Konzept für einen Schulversuch vorzustellen. Dieses Konzept wurde von einer Projektgruppe unter Leitung von Prof. Anke Langner der TU entwickelt. Die Dresdner Universitätsschule soll als Versuchsschule errichtet werden, an der innovative Formen des Lehrens, Lernens und Zusammenlebens erarbeitet, erprobt und wissenschaftlich ausgewertet werden. Verbunden wird dies direkt mit der Ausbildung im Lehramt an der TU- Dresden. Es sollen grundlegende Prozesse und Abläufe in der Schule infrage gestellt und überdacht werden können. Die Universitätsschule, bestehend aus einer Grundschule und einer Oberschule, die beide in enger Kooperation stehen, wird zunächst zeitlich begrenzt auf 15 Jahre eingerichtet. In dem Konzept ist auf 65 Seiten umfangreich dargestellt, wie ganz individuelle Lernwege für die sehr unterschiedlichen Kinder ermöglicht werden sollen. Das Ziel für DIE LINKE war von Beginn an, dass dies eine kommunale Schule werden soll, damit kein Schulgeld von den Familien bezahlt werden muss. Die Unischule will zum Schuljahr 2018/19 beginnen. Auch dem Schulverwaltungsamt wurde das Konzept vorgestellt. Als von dieser Seite keine Reaktion erfolgte, stellte ich, unterstützt von Bildungspolitikern von RGR einen Antrag. In diesem Antrag wurde der Oberbürgermeister beauftragt, mit der TU- Dresden, dem Kultusministerium und der Sächsischen Bildungsagentur zur Gründung einer Schule Verhandlungen aufzunehmen. Die Verwaltung sollte Vorschläge unterbreiten, welcher Standort im Ortsgebiet Prohlis für diese Schule entwickelt wird und wo diese Schule möglichst zum Beginn des Schuljahres 2018/19 vorgegründet werden kann.

Aber auch nach dem Beschluss dieses Antrages im Stadtrat reagierte das Schulverwaltungsamt nicht. Inzwischen erreichte uns ein Brief der Stadtteilrunde Johannstadt, in welchem auf die gravierenden Schwierigkeiten in der 102. Grundschule und 101. Oberschule aufmerksam gemacht wurde und deutlich verbesserte Bedingungen eingefordert wurden. Gleichzeitig drängte die TU- Dresden, denn dieser Schulversuch ist ein Projekt als Exzellenzuniversität, so dass wir einen Weg zur Beschleunigung des Prozesses suchten. Als die Verwaltung in einer Vorlage vorschlug, im Gebäude der 101. Oberschule auf der Pfortenhauer Straße zum Schuljahr 2018/19 ein Gymnasium vorzugründen, ersetzten wir: Am Standort 101. Oberschule Dresden wird zum 1. August 2018 die „Universitätsschule“ mit



Foto: S. Hofschlaeger / pixelio.de

zunächst maximal je zwei Zügen im Grund- und Oberschulbereich in kommunaler Trägerschaft eingerichtet und mit der baulichen Fertigstellung eines geeigneten Standortes an diesen verlagert. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen und das Ergebnis dem Stadtrat bis zum 31. April 2018 vorzulegen, ob die „Universitätsschule“

- dauerhaft an diesem Standort verbleiben soll,
- perspektivisch mit einer Bestandschule zusammengeführt werden kann oder
- nach baulicher Fertigstellung eines anderen Standortes an diesen verlagert werden soll.

In Diskussionen im Ortsbeirat, mit der 101. Oberschule und der 102. Grundschule, wurde deutlich, dass diese Schule dann auch dort verbleiben muss. Das konnten wir gut nachvollziehen und verfolgten unsere anfänglichen Pläne für Prohlis nicht mehr. Nun folgten Treffen auf verschiedenen Ebenen. Die Erwartungshaltung und Hoffnungen der beiden Schulen war groß, die Uni-

schule fühlte sich bedrängt und hatte Sorge ihr Konzept nicht umsetzen zu können. Als der Oberbürgermeister in der Stadtratssitzung am 25.1.2018 eine Vorlage zur Abstimmung stellte, in der das Konzept zur Kenntnis genommen und die Stadt als Schulträger bestätigt wird, kämpften wir Bildungspolitikern von RGR unter großen Anfeindungen von Seiten der CDU für die Vorlage des Oberbürgermeisters.

Ein Vorwurf war: Mit der Auswahl von Schüler*innen nach dem Bevölkerungsquerschnitt, würden die Schüler mit Migrationshintergrund ausgeschlossen und nach Frau Ahnert (bildungspolitische Sprecherin der CDU) verstößt das gegen das Grundgesetz. Die Universitätsschule muss in ihrem Konzept beschreiben, wie sie bei mehr Anmeldungen als Plätze vorhanden sind, eine Auswahl treffen. Das wird im §62, Abs. 2, Satz 4 Nr. b des Sächsischen Schulgesetzes geregelt: „...dabei kann die Aufnahme... b) im notwendigen Umfang beschränkt werden, wenn mehr Bewerber als Ausbildungsplätze vorhanden sind; das Aus-

wahlverfahren kann insbesondere nach Gesichtspunkten der Eignung, Leistung und Wartezeit sowie unter Berücksichtigung von Härtefällen und der individuellen Förderung der Schüler gestaltet werden.“ Im Konzept steht: Kinder mit einer Behinderung 9 %, Migrationshintergrund 30 %, Kinder unter Armutsbedingungen 17 %, Geschlecht jeweils 50 % männlich- weiblich, Kinder von Akademikern 25 %, als wünschenswert.

Allerdings sind an der 101. OS in der jetzigen 5. Klasse (lt. LASUB) 51% mit einem Migrationshintergrund, während nur 21% der Jugendlichen unter 18. Jahre in der Johannstadt einen Migrationshintergrund haben. Von allen Stadtteilen werden die Jugendlichen an die 101. OS geschickt, diesen Zustand wollen wir verändern.

Gerüchte und auch durch schlechte Kommunikation hervorgerufene Missverständnisse bewirkte den Protest von Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen: Die Schüler*innen der 101. OS würden an andere Schulen geschickt, die Lehrer*innen entlassen. Beides stimmt natürlich nicht. Alle an der Schule können ganz normal bis zu ihrem Abschluss an der Schule bleiben. Aber, ob dann noch die 101.OS 2019/20 neue Kinder aufnehmen kann, ist ungewiss. Die Lehrer*innen an der Unischule müssen sich bewerben, denn sie bekommen vollkommen andere Arbeitsverträge als die Lehrer*innen der anderen Schulen, die Ferienzeiten und Arbeitszeiten sind beispielsweise anders geregelt

Am 6. Februar 2018 waren alle noch einmal im Bildungsausschuss zu einer zweistündigen Aussprache und Verständigung da: Die Schulen, Hort, Unischule, Eltern, Stadtteilrunde, Schulsozialarbeiter*innen und Stadträte. Es wurde beschlossen, weiter unter professioneller Leitung zu reden. Das zu organisieren sehen wir als Aufgabe des Oberbürgermeisters. Die meisten finden die Idee der kommunalen Unischule nach wie vor gut. Die Unischule hat bereits Gelder eingeworben, welche auch für die beiden anderen Schulen zur Verfügung stehen sollen. Weiterer Kommunikationsbedarf besteht zu folgenden Themen: Wie soll es zusammen an dem Standort mit den bestehenden Schulen funktionieren, wie könnte eine Kooperation aussehen und wie soll die Perspektive sein. Wir haben Hoffnung, dass die Unischulen (Grund- und Oberschule) zum nächsten Schuljahr anfangen können und damit die Johannstadt einen Schulstandort bekommt, in welchem die Kinder und Jugendlichen gern zur Schule gehen.

Informationen zur Uni-Schule: tu-dresden.de/gsw/forschung/projekte/unischule

Anmeldungen zur Uni-Schule beginnen im März

Geplant ist eine kombinierte Grund- und Oberschule. Zunächst werden voraussichtlich bis zu 168 Schüler der Klassenstufen 1, 2, 5 und 6 aufgenommen. Eltern können ihre Kinder am 1. März und am 5. März von 13 bis 17 Uhr im Haus der 101. Oberschule anmelden. Zuvor soll ein

Informationsabend stattfinden. Der Grundschulbereich stellt sich am 27. Februar im Speiseraum der 101. Oberschule vor, die Oberschule am 26. Februar am selben Ort. Beginn ist 18 Uhr.

Ort: Speisesaal der 101. Oberschule, Pfortenhauerstraße 42, 01307 Dresden

KURZ & KNAPP

Elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende kommt

Nach der langen Phase des Prüfens der Gesundheitskarte durch Verwaltung, Krankenversicherung, Ärzteschaft, die Kassenärztliche Vereinigung und durch die Landesdirektion Dresden wird es nun bald in Dresden die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen geben. Darauf verständigten sich Anfang Februar 2018 die Dresdner Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann mit Vertretern der Krankenkassen. Dresden wird damit die erste Kommune in Sachsen sein, die diese Gesundheitskarte einführt. Bisher müssen AsylbewerberInnen erst beim Sozialamt einen Behandlungsschein beantragen, um sich daraufhin ärztlich behandeln lassen zu können.

LINKE-Stadträtin Kerstin Wagner, Mitglied im Sozialausschuss, erklärt: „Mit der Realisierung dieser Chipkarte leisten wir hier in Dresden für AsylbewerberInnen einen wichtigen Beitrag für Normalität und Bürokratieabbau. Nun fällt die umständliche Antragstellung beim Sozialamt weg und AsylbewerberInnen können bei akut notwendigen Behandlungen gleich den Arzt aufsuchen, was andererseits auch die Arbeit des Sozialamtes entlastet. Damit werden wir zudem unserem politischen Anspruch gerecht, dass jeder Mensch das gleiche Recht auf medizinische Versorgung hat.“

Mietrecht für Alle! Kostenlose Mietrechtsberatung

Ende Januar wurde im Ausschuss für Soziales und Wohnen federführend über die Initiative der Sozialbürgermeisterin, kostenlose Mietrechtsberatung für Haushalte mit geringem Einkommen anzubieten, debattiert. Hintergrund ist die steigende Zahl unrechtmäßiger Mieterhöhungen auf dem angespannten Dresdner Wohnungsmarkt. Mit Hilfe der vorgeschlagenen Richtlinie soll Mieterinnen und Mietern unabhängig vom Einkommen die Möglichkeit gegeben werden, sich rechtlich beraten zu lassen und gegen unrechtmäßige Mieterhöhungen zur Wehr zu setzen. Der Ausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig Zustimmung.

Dazu erklärt LINKE-Stadträtin Pia Barkow: „Wir haben dieses Angebot in der Stadt bereits seit einigen Jahren und es wird immer häufiger genutzt. Wir wollen dieses Angebot weiterführen und ich begrüße die Initiative sehr. Es kann nicht sein, dass Vermieter überhöhte Mieten gerade von denjenigen verlangen, die sowieso nur wenig Geld haben und die sich womöglich auch keine Mitgliedschaft im Mieterverein leisten könnten.“

www.linke-fraktion-dresden.de

Verbesserte Geburtshilfe

Gemeinsam mit der SPD will DIE LINKE auch weiterhin die Familienhebammen in ihrer Arbeit unterstützen

von Pia Barkow

Die besondere Aufgabe von Familienhebammen und Familienkinderkrankenschwestern ist es, Familien, junge Mütter und Väter in Risikosituationen und besonders belastenden Lebenssituationen zu unterstützen, z. B. bei Überforderungssituationen, Drogen- oder Alkoholproblemen, minderjährigen Eltern, Problemen in der Schwangerschaft, besonderen Unterstützungsbedarfen. Denn gerade die ersten Monate im Leben eines Kindes sind besonders prägend und wichtig. Wenn hier notwendige Unterstützung ausbleibt, ist das später nicht mehr auszugleichen.

Um das auffangen zu können, verfügen Familienhebammen über eine entsprechende Zusatzqualifikation und vermitteln bei Bedarf weitere Hilfen, die das gesunde Aufwachsen des Kindes und eine stabile Elternrolle stärken. Familienhebammen und Familienkinderkrankenschwestern sind beim Gesundheitsamt beschäftigt und bilden einen Teil der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“.

Die durchaus begrüßenswerte Förderung der „Frühen Hilfen“ krankt leider an mangelndem Willen auf Bundesebene, eine sichere und langfristige Finanzierung zu ermöglichen.

Bereits seit fünf Jahren hangeln sich sechs städtischen Mitarbeiter*innen von befristetem Vertrag zu befristetem

Vertrag, eben weil ihre Stellen mit Hilfe von Bundesmitteln finanziert werden.

Zukünftig sollen diese Bundesmittel in eine Stiftung überführt werden und jährlich 2,69 Millionen Euro für die „Frühen Hilfen“ im Freistaat Sachsen zur Verfügung stehen und zusätzlich neben den aufsuchenden Hilfen weitere drei Bereiche der Netzwerkarbeit, des Ehrenamtes und der Babylotsen finanziert werden. Was nach einer dauerhaften Sicherung des Angebotes der Familienhebammen und -krankenschwestern

klingt, wird zu einer zwar dauerhaften, aber dann dauerhaft nicht mehr ausfinanzierten Förderung. Der Koalitionsvertrag – sofern eine Koalition aus SPD und CDU zustande kommt – sieht hier keine Veränderung vor. Im Gegenteil, die Auslagerung der Finanzierung in die Stiftung soll weiter geführt werden. Um das Angebot der Familienhebammen zu erhalten bleibt uns somit zur Zeit nur Möglichkeit, die Finanzierungslücke als Stadt auszugleichen. Ende März steht ein entsprechender Antrag der LINKEN und der SPD im Stadtrat zur Entscheidung.



#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Zebra-Strategie



Ein Zebra, Ulrike Caspary, Martin Schulte-Wissermann und Hendrik Stahlmann-Fischer

Foto: Matthias Schüssler

Gemeinsam mit Grünen-Stadträtin Ulrike Caspary, SPD-Stadtrat Hendrik Stahlmann-Fischer und einem zahmen Zebra präsentierte Pirat und LINKE-Stadtrat Martin Schulte-Wissermann am Hauptbahnhof (Bayrische Straße) den rot-grün-roten Antrag „20 neue Zebrastrassen in Dresden“.

Im Vergleich mit anderen Großstädten gibt es in Dresden bisher sehr wenige Zebrastrassen - dabei würden diese Straßenmarkierungen zur erhöhten Fußgängersicherheit in der Nähe von Kitas, Schulen und Senioreneinrichtungen beitragen.

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Jacqueline Muth, Anja Apel, Pia Barkow, Max Kretzschmar, Andreas Naumann,
Fotos: pixabay

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei